

(A) **Abgeordneter Brost:** Ich verspreche, meine Damen und Herren, mich ganz kurz zu fassen. Ich will vor allem nicht auf die Reklamereden eingehen, die einige der Herren Vorredner gehalten haben für bestimmte Organisationen der kaufmännischen Angestellten. Ich meine, dazu ist hier nicht der Platz. Wenn die Herren uns darüber unterrichten wollen, dann mögen sie sich andere Gelegenheiten suchen. Wir sind gern bereit, in eine Erörterung einzutreten, aber nicht an dieser Stelle hier.

Meine Damen und Herren! Es ist ganz richtig, was der letzte Herr Redner aussprach, daß das wirtschaftliche Schicksal der kaufmännischen Angestellten nicht so an die große Glocke gekommen ist als vielleicht bei anderen Berufen. Das ist durchaus zutreffend. Ich führe es zurück auf das vorhandene Ehrgefühl der kaufmännischen Angestellten, die nicht ohne zwingende Not die Öffentlichkeit für sich in Anspruch nehmen wollten, sondern es für besser hielten, aus sich selbst heraus zu bessern, was irgendwie gebessert werden konnte. Weil aber die Voraussetzungen für die Unterbringung dieser großen Zahl der Stellenlosen außerhalb unseres Machtbereiches liegen, weil wir nicht allein das Wirtschaftsleben so steigern können, daß es möglich ist, für Beschäftigung zu sorgen, deshalb das Ersuchen an die Regierung.

(B) Ich darf aber zunächst noch aussprechen, daß die organisierten kaufmännischen weiblichen Angestellten mit der Tendenz unseres Antrages durchaus einverstanden sind. Darüber kann es gar keinen Zweifel geben. Es steht auch des weiteren ganz einwandfrei fest, daß die weiblichen Arbeitskräfte vielfach aus gänzlich anderen Berufen in den Handel und in die Bureaus gekommen sind, daß es infolgedessen nichts Unbilliges ist, zu verlangen, daß sie nach Möglichkeit in ihren ursprünglichen Beruf wieder zurückkehren. Ich habe in der gestrigen „Woche“ Nr. 13 von einer Frau Emma Stopp einen Artikel gefunden: „Die verschwundene Frau“, und da heißt es:

Die berechtigten Erwartungen, daß nach dem Wiedereintritt der Männer in ihre früheren Berufsstellen der Mangel an Hausangestellten und Hausgehilfen aufhören würde, hat sich jedoch leider nur wenig erfüllt.

Genau dasselbe berichtet das Reichsarbeitsblatt für die verschiedensten Landesteile. Ich muß aber auch allen den Herren, die dem Antrage unsoziale Gesinnung vorwerfen, den Vorwurf machen, daß sie den Antrag nicht genügend gelesen haben, denn es ist in ihm doch ausdrücklich davon die Rede, daß die Personen ausgenommen werden sollen, die ihre Tätigkeit zur Aufrechterhaltung ihrer wirtschaft-

(1. Abonnement.)

lichen Existenz ausüben müssen. Das ist doch me... es (C) Erachtens die Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Notwendigkeiten, die auch hier von den Herren Diskussionsrednern betont wurde, deren Fehlen zum Vorwurf gemacht wurde, die Rücksicht, die aber in diesen Worten eindeutig und einwandfrei im Antrage selbst zum Ausdruck kommt. Gewiß, wir haben das große Problem der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge mit diesem Antrage nicht aufröhlen wollen. Es ist aber doch neulich schon ausgesprochen worden, daß in großem Maßstabe Geldmittel zu allgemeinen Notstandsarbeiten für die Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt worden sind und zur Verfügung gestellt werden. Solchen Anträgen werden meine politischen Freunde stets gern zustimmen. Hier ist ein Teilgebiet herausgehoben worden, und wenn hier im Tone des Vorwurfs gesagt worden ist: Es wird wenig Rücksicht auf die weiblichen Angestellten genommen, so darf ich demgegenüber wiederum auf den Wortlaut des Antrages verweisen, in dem ausdrücklich von den aus dem Heeresdienste Entlassenen die Rede ist. Innerhalb dieser Begrenzung, die wir unserem Antrage selbst gegeben haben, muß sein Inhalt und seine Tendenz verstanden werden. Es geht doch nicht an, ihm Dinge zu unterlegen, die in unserem Wortlaute nicht darin liegen.

(Zuruf links: Aber in der Begründung haben Sie das (D) gesagt!)

Nein, ich habe in der Begründung auch nicht davon gesprochen, sondern habe nur für mich in Anspruch genommen, auf die Notlage der entlassenen kaufmännischen Angestellten hinzuweisen, die zum Teil nach mehrjähriger Tätigkeit im Heeresdienste jetzt ihren gelernten Beruf nicht ausüben können, weil sie vor verschlossenen Türen stehen, weil das Wirtschaftsleben sie nicht aufnehmen kann. Nun soll als Notbehelf versucht werden, eine ähnliche Tätigkeit für diese große Zahl der Angestellten zu schaffen. Diese ähnliche Tätigkeit kann in den Verwaltungsbureaus der Regierung und in den Verwaltungsbureaus der Gemeinden ausgeübt werden. In diesen Bureaus sitzen jetzt Arbeitskräfte in erheblichen Mengen, die erstens ihre Tätigkeit nicht unbedingt zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz brauchen und die zweitens aus ganz anderen Berufsgruppen herausgekommen sind. Hier soll Platz gemacht werden. Das war der Inhalt meiner Begründung, und wenn das einseitig klingt, dann weise ich immer wieder darauf hin, daß es sich tatsächlich nicht um einen kleinen Grüpplein handelt, um einige Duzend oder einige hundert Personen, sondern um viele Tausende, und daß die Befreiung dieser Tausende von dem Druck der Arbeitslosigkeit doch immerhin auch Aufgabe der